



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VIII/219 - 21.9.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-32
Fernschreiber 039890

Die Lage in der Sowjetzone	S. 1
Frankreich vor neuen sozialen Erschütterungen	S. 3
Prof. Albert Einstein: Warum ich Sozialist bin	S. 5

Der Weg zu Frieden, Einheit und Wohlstand

Th. Unter dieser Parole stand das Referat von ULBRICHT auf der letzten Tagung des Zentralkomitees der SED, das jetzt in der Sowjetzone als "grundlegende Rede" und richtungweisend für die weitere Entwicklung verbreitet wird. Es war eine Rede im alten Ulbrichtstil: plump, aggressiv, provokatorisch, diffamierend und auf Vorstellungen basierend, die in keiner Beziehung zur Wirklichkeit stehen und ausschliesslich von Wunschspekulationen bestimmt werden.

Die sich immer mehr verschärfende Wirtschaftskrise in der Zone musste Ulbricht zugeben. So ging die Produktion in den Volkseigenen Betrieben bis zu 30% während der letzten Monate zurück. Auch die in der Sowjetzone seit Jahren üblichen Stromabschaltungen werden wieder in vollem Ausmass wie vor dem 17. Juni durchgeführt, und die Unzulänglichkeit der Versorgung der Bevölkerung mit Brennstoffen für den kommenden Winter konnte ebenfalls nicht mehr verschwiegen werden. Versprochen wurde von Ulbricht die Abschaffung der Lebensmittelrationierung für den Sommer des kommenden Jahres. Das Rezept des SED-Diktators für den kommenden Wohlstand in der Zone war, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität zu fordern, das heisst eine Wiederherstellung der Arbeitsnormen, wie sie vor dem 17. Juni üblich waren.

Diese Vorschläge zur Erreichung des "Wohlstandes" in der Sowjetzone werden zwangsläufig unter der Bevölkerung der Zone

den Widerstandswillen gegen das Regime vorstärken, das weiss Ulbricht. Deshalb forderte er die Ausweitung der Funktionen und der Tätigkeit des SSD in allen Betrieben, Bezirken und Kreisen der Sowjetzone "durch erfahrene, zuverlässige" Funktionäre der SED. Damit wird die SED endgültig zu einem Hilfsorgan des SSD; sie soll in Zukunft noch mehr als bisher zur Zerschlagung von "Untergrundorganisationen" in der Sowjetzone herangezogen werden.

Diese Ankündigung Ulbrichts legalisiert einen Zustand, wie er bereits nach dem 17. Juni in den Betrieben der Sowjetzone praktiziert worden ist, wo die SED zum offenen Terror gegen die Teilnehmer am Aufstand überging und durch eine Verschärfung der Terrormassnahmen zum Büttel des SSD-Apparates wurde. Diese Terrormassnahmen haben sich in erster Linie gegen die sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter ausgewirkt. In der Ulbricht-Rede finden sich wieder die diffamierenden Angriffe gegen die SPD und das Ostbüro, wobei die SPD beschuldigt wird, für die "Vorbereitung und Durchführung des Aufstandes vom 17. Juni" verantwortlich zu sein.

Die "konkreten Vorschläge zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands" sind nach Ulbricht "klar und einfach": Gesamtdeutsche Beratungen "auf demokratischer und friedliebender Basis", provisorische Regierung usw. Auch in dieser Beziehung die alten Phrasen und Formeln! Die letzte ZK-Tagung bestätigt in einem erschreckenden Ausmass die völlige Sterilität des Pankower Regimes, das durch die sowjetische Besatzungsmacht vor dem Untergang am 17. Juni gerettet wurde, und das, von der Besatzungsmacht ausgeschalten, jetzt durch verschärften Terror versucht, sich weiter an der Macht zu halten.

Es erhebt sich die Frage, die immer wieder von neuem gestellt werden muss, ob und wie lange noch die sowjetische Besatzungsmacht das Regime dieser Pankower Marionettengarnitur mit Ulbricht an der Spitze weiter unterstützen will, ein Regime, das völlig beziehungslos zur Wirklichkeit und zum Willen des deutschen Volkes die 18 Millionen Deutschen in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands einer Zwangsherrschaft unterwirft, gegen die am 17. Juni das Volk in der Sowjetzone sich erhoben hat. Der vermeintliche Weg Ulbrichts zu "Frieden, Einheit und Wohlstand" ist der Weg zur Vertiefung der Teilung Deutschlands, voll von Gefahren, die auch von der sowjetischen Besatzungsmacht endlich in ihrem ganzen Ausmass erkannt werden sollten.

Das Spiel mit dem Feuer

G.S., Paris, Mitte September

"Gebranntes Kind scheut das Feuer", heisst ein Sprichwort, das allerdings für die französische Regierung nicht zutreffen scheint. Nachdem die französische Regierung angesichts der Riesenstreikwelle, die Frankreich im Monat August überflutet hatte, gezwungen war, Konzessionen zu machen, Lohnerhöhungen zu versprechen und die Versicherung abzugeben, dass keine Disziplinar massnahmen gegen die Streikenden ergriffen würden, kommt sie jetzt schrittweise auf diese Versprechen zurück und geht sogar wieder zu einer Art "Offensive" über, nachdem sie einige Wochen vorher deutlich Wasser in ihren Wein geschüttet hatte.

Man erfährt jetzt, dass der Postminister an die höheren Beamten der Postverwaltung ein Schreiben richtete, in dem empfohlen wird, bei "künftigen Streiks" (denn die Regierung rechnet damit ...) "weniger behutsam" vorzugehen, sich "auf jene Elemente zu stützen, die vernünftig sind", und "zu versuchen, den streiklustigen Elementen das Handwerk zu legen."

Der Fachminister sandte an die Verwaltung der Französischen Eisenbahnen ein königliches Rundschreiben, in dem sogar auf die Schaffung eines "Hilfsdienstes im Falle von Streiks" angespielt wird. Das bedeutet nichts anderes als den Versuch, das in der Verfassung verbürgte Streikrecht in der Praxis unwirksam zu machen.

Diese von der Linkspresse veröffentlichten Rundschreiben haben innerhalb der Arbeiterschaft ernste Beunruhigung hervorgerufen. Bei der Postverwaltung und unter den Eisenbahnern ist erneut von Streik die Rede, sollten sich die Drohungen der Minister bewahrheiten und sollte vor allem nicht jene skandalöse Massnahme rückgängig gemacht werden, die vorsieht, dass die Streiktage vom Lohn nicht - wie im August versprochen - in gemässiger Form, sondern "massiv" abgezogen werden sollen. Zahlreiche Eisenbahner und Postbeamte haben auf ihren Lohn- und Gehaltszetteln festgestellt, dass ihnen in einem Monat eine Woche vom Lohn und Gehalt abgezogen wurden

Die französische Regierung spielt also mit dem Feuer; umsomehr, als der Kampfesmut der Auguststreikenden keineswegs gebrochen ist und sich in allen Schichten der Arbeiterschaft Anzeichen bevorstehen-

der Kämpfe bemerkbar machen. Und dies trotz der "Preissenkungen", die in der gesamten Bevölkerung mit einer Skepsis ohnegleichen aufgenommen werden und man wirklich genau hinsehen muss, um sie zu bemerken....

Andererseits hat der Beschluss der französischen Regierung, die "annormal niedrigen Gehälter" um ein geringes zu erhöhen, auch nicht die Begeisterung ausgelöst, die die Regierung wahrscheinlich erwartete: die Gewerkschaften sind einstimmig der Auffassung, dass es in Frankreich nicht mit einer lächerlichen Erhöhung von Gehältern für Beamte getan ist, die auch nach der Erhöhung noch Hungergehälter bleiben. Das gleiche gilt für den "grosszügigen" Beschluss des französischen Industriellenverbandes, in der Privatindustrie die "annormal niedrigen Löhne" um eine Kleinigkeit zu erhöhen. Die Gewerkschaften verhehlen nicht, dass nach ihrer (berechtigten) Auffassung in Frankreich das Problem einer generellen Lohnerhöhung auf der Tagesordnung steht, während die Regierung durch ihre "Preissenkung" und eine unbedeutende Erhöhung der "annormal niedrigen Löhne und Gehälter" nur verhindern will, dass die am 22. September zusammentretende "Oberste Kommission für Gesamtarbeitsverträge", die aus Vertretern der Gewerkschaften, der Unternehmerverbände und der Regierung besteht, ernsthaft über das Problem diskutiert, das die gewaltigen Streiks des Monats August mit eherner Logik auf die Tagesordnung gestellt haben: die allgemeine Erhöhung der Kaufkraft der französischen Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Bereits haben die Gewerkschaftsorganisationen ihre Entschlossenheit bekundet, am 22. September (und danach) eine grosse Kampagne für die allgemeine Aufbesserung der Löhne und Gehälter in Frankreich zu starten. Angesichts der völlig unvereinbaren Haltung der Regierung und des Industriellenverbandes einerseits und der Gewerkschaften andererseits braucht man kein Prophet zu sein, um einen Misserfolg der Sitzung vom 22. September vorauszusagen. Und dann wird es im Oktober zweifellos zu einer "Herbstoffensive" der Gewerkschaften kommen, die Frankreich einige soziale Unruhen und eine gespannte politische Lage verspricht: denn es ist keineswegs sicher, ob die Regierung des Ministerpräsidenten Joseph Laniel heil aus dieser Kraftprobe hervorgehen wird.

Warum ich Sozialist bin

Von Prof. Albert Einstein

Ich erörterte kürzlich mit einem intelligenten und gutwilligen Mann die Drohung eines kommenden Krieges, der seiner Meinung nach die Existenz der Menschheit ernstlich gefährden würde, und ich bemerkte, dass nur eine übernationale Organisation einen Schutz vor dieser Gefahr bieten könne. Daraufhin sagte mein Besucher sehr ruhig und kühl zu mir: "Warum widersetzen Sie sich so sehr dem Verschwinden der menschlichen Rasse?"

Ich bin sicher, dass niemand - ebensowenig wie vor 100 Jahren - so leicht eine derartige Aussage macht. Es ist die Feststellung eines Mannes, der sich vergeblich bemüht, innerhalb seiner selbst ein Gleichgewicht zu erreichen und mehr oder weniger die Hoffnung auf Erfolg verloren hat.

Es ist der Ausdruck einer schmerzlichen Einsamkeit und Isolierung, unter der so viele Menschen unserer Zeit leiden. Was ist der Grund? Gibt es da einen Ausweg?

Es ist leicht, derartige Fragen aufzuwerfen, aber schwer, sie mit einiger Sicherheit zu beantworten. Ich muss es jedoch, so gut ich kann, versuchen, obwohl ich mir der Tatsache bewusst bin, dass unsere Gefühle und Bemühungen oft sehr widerspruchsvoll und dunkel sind, und dass sie nicht in leichten und einfachen Formulierungen ausgedrückt werden können.

Der Mensch ist zu der ein und derselben Zeit ein Einzel- und ein Gesellschaftswesen. Als Einzelwesen trachtet er danach, seine eigene Existenz und die derjenigen, die ihm am nächsten stehen, zu sichern, ferner seine persönlichen Wünsche zu erfüllen und seine angeborenen Fähigkeiten zu entfalten. Als Gesellschaftswesen sucht er Anerkennung und Wohlwollen seiner Mitmenschen zu gewinnen, an ihren Freuden teilzuhaben und sie in ihrem Kummer zu trösten und ihre Lebensbedingungen zu verbessern.

Die Gaben der Menschheit

Die Existenz dieser vielfältigen, häufig zwiespältigen Bemühungen erklärt den besonderen Charakter eines Menschen und ihre spezifische Verbindung, bestimmt den Umfang, in welchem ein Individuum sein inneres Gleichgewicht erreichen und zum Wohl der Gesellschaft beitragen kann.

Es ist gut möglich, dass die relative Kraft dieser beiden Bestrebungen in der Hauptsache durch Vererbung festgesetzt ist. Aber die Persönlichkeit, die sich schliesslich herauschält, ist hauptsächlich durch die Umwelt geformt, in der es einem Menschen bestimmt ist, sich selbst während seiner Entwicklung zu finden, durch die gesellschaftliche Struktur, in der er aufwächst, durch die Tradition dieser Gesellschaft und durch die Wertung des arteigenen Verhaltens. Es ist daher einleuchtend, dass die Abhängigkeit des Individuums von der Gesellschaft eine natürliche Tatsache ist, die nicht annulliert werden kann, ebenso wie bei den Ameisen und Bienen.

Während jedoch der ganze Lebensprozess der Ameisen und Bienen bis ins kleinste Detail durch starre, angeborene Instinkte festge-

setzt ist, sind die sozialen Schablonen und Zwischenverwandschaften der Menschen sehr veränderlich und wandlungsfähig. Die Fähigkeit, neue Verbindungen herzustellen, die Gabe der mündlichen Mitteilung, haben Entwicklungen zwischen den Menschen ermöglicht, die nicht durch biologische Notwendigkeiten diktiert sind.

Solche Entwicklungen zeigen sich in Traditionen, Institutionen und Organisationen, in Literatur, Wissenschaft und maschinellen Vervollkommnungen, in der Kunst. Das erklärt, wie es möglich ist, dass der Mensch in gewissem Sinn sein Leben durch sein eigenes Verhalten beeinflussen kann, und dieser Prozess bewussten Denkens und Wollens kann eine Rolle spielen.

Ich habe nun den Punkt erreicht, wo ich kurz andeuten möchte, was mir als wesentliche Ursache der Krise unserer Zeit erscheint, -

Sie betrifft die Verwandtschaft des Individuums mit der Gesellschaft. Der Einzelmensch ist sich mehr als je seiner Abhängigkeit von der Gesellschaft bewusst geworden. Aber er wertet diese Abhängigkeit nicht als ein Positivum, als eine organische Kopplung, als eine schützende Kraft, sondern als eine Bedrohung seiner Naturrechte und sogar seiner wirtschaftlichen Existenz. - Darüber hinaus ist die Ordnung der Gesellschaft so, dass die egoistischen Bestrebungen seiner Bemühungen stark betont sind, während seine sozialen Bestrebungen, die von Natur aus schon schwächer sind, langsam verkümmern.

Das eigentliche Übel

Alle Menschen leiden, welches auch immer ihre Stellung in der Gesellschaft sein möge, an diesem Verkümmernprozess. Nicht wissend, dass sie die Gefangenen ihres eigenen Egoismus sind, fühlen sie sich unsicher, einsam und der naiven, einfachen und unsophistischen Lebensfreude beraubt. Der Mensch kann den Sinn des Lebens, kurz und gefährlich wie es ist, nur finden, indem er selbst der Gesellschaft dient.

Die Wirtschaftsanarchie der kapitalistischen Gesellschaft, wie sie heute existiert, ist meiner Meinung nach die wirkliche Quelle des Übels. Wir sehen uns einer ungeheuer grossen Gemeinschaft von Produzenten gegenüber, deren Mitglieder ununterbrochen bemüht sind, einander die Früchte ihrer gemeinsamen Arbeit zu rauben, nicht mit Gewalt, sondern im grossen und ganzen in ergebener Nachgiebigkeit und legal festgelegten Regeln. Das Vermögen der Erzeugung ist zum grossen Teil der private Verdienst des einzelnen.

Das Privatkapital neigt zur Konzentration in einige wenige Hände. Der Erfolg dieser Entwicklung ist eine Alleinherrschaft des Privatkapitals, deren ungeheure Macht wirklich nicht kontrolliert werden kann, es sei denn durch eine demokratisch organisierte politische Gesellschaft.

Die Produktion läuft für den Gewinn und nicht für den Gebrauch. Es gibt keine Gewähr, dass all jene, die arbeitsfähig und -willig sind, immer Arbeit finden werden. Ein "Heer von Arbeitslosen" wird meist existieren.

Der einzige Weg

Das Gewinnstreben in Verbindung mit der Konkurrenz zwischen den Kapitalisten ist verantwortlich für die Unbeständigkeit in der Anhäufung und Nutzbarmachung des Kapitals, was zu ernstesten Störungen führt. Unfreiwillige Konkurrenz führt zu einem ungeheuren Arbeitsverlust und zu jener Verkrüppelung des sozialen Gewissens der einzelnen Menschen, die ich im Vorhergehenden erwähnte.

Diese Deformierung des Menschen halte ich für das Grundübel des Kapitalismus. Unser ganzes Erziehungssystem krankt an diesem Übel. Ein übertriebenes Konkurrenzbestreben wird dem Studenten eingeprägt, der zu einem vorübergehenden Arbeitserfolg als Vorbereitung für seine künftige Karriere angehalten wird.

Ich bin überzeugt, dass es nur einen Weg gibt, um diesem ernsthaften Übel zu begegnen, nämlich die Schaffung einer Sozialwirtschaft, die begleitet ist von einem Erziehungssystem, welches auf soziale Ziele ausgerichtet sein sollte.

Die Aufgabe der Planer

In einer solchen Wirtschaft gehören die Produktionsmittel der Gesellschaft selbst und werden in geplanter Form gebraucht. Eine geplante Wirtschaft, welche der Produktion die Mittel der Allgemeinheit zuführt, würde die zu leistende Arbeit unter allen Arbeitsfähigen verteilen und würde jedem Mann, jeder Frau und jedem Kind ein Auskommen garantieren.

Nichtsdestoweniger ist es notwendig, sich zu erinnern, dass eine geplante Wirtschaft nicht unbedingt Sozialismus bedeutet. Eine solche Planwirtschaft könnte von einer vollständigen Versklavung des Menschen begleitet sein. Die Hauptaufgabe des Sozialismus besteht in der Lösung von einigen besonders schwierigen sozialpolitischen Fragen:

Wie ist es angesichts der weitgehenden Konzentration von politischer und wirtschaftlicher Macht möglich, die Bürokratie zu verhindern, eine Übermacht zu werden?

Wie können die Rechte des Individuums gefördert und damit ein demokratisches Gegengewicht zu der Macht der Bürokratie geschaffen werden?

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler